

Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 10.02.2022
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:45 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzender

Beigeordneter Thorsten Dinkela

Beigeordneter

Beigeordneter Peter Winkelmann

Mitglied

Ratsfrau Sandra Flake

Ratsherr Patrick Gensicke

Ratsherr Marco Gravili

Ratsherr Reginald Klossek

Ratsfrau Sonja Maria Lehmann

Ratsfrau Sabine Voshage-Schlimme

Ratsherr Stephan Schaper

nicht Gremiumszugehöriges Ratsmitglied

Ratsherr Paul Bieder

Ratsherr Guido Franke

Beigeordnete Waltraud Friedemann

Ratsfrau Kerstin Funk-Pernitzsch

Ratsherr Georgios Konstantopoulos

Ratsherr Jörg Schaper

Beigeordneter Harald Schliestedt

Ratsherr Sören von Nolting

Beigeordneter Oliver Wöhler

Ratsherr Uwe Höltgebaum

von der Verwaltung

Bürgermeister Bernd Beushausen

Herr Mario Stellmacher

Herr Thorsten Laugwitz

Frau Dr. Sonja Granzow

Frau Christine Evers

Herr Uwe Mönkemeyer

Herr Arne Klingeberg

Protokollführerin

Frau Susanne Meyer

Öffentliche Sitzung

1. **Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses sowie der Tagesordnung**

Herr Dinkela eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Hinsichtlich der Tagesordnung bittet die Verwaltung um Streichung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung, da hierfür keine Tagesordnungspunkte vorliegen.

Hiergegen werden keine Einwände genannt. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig festgestellt.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanzausschusses am 25.01.2022**

Die Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanzausschusses am 25.01.2022 wird vertagt, da das Protokoll noch nicht vorliegt.

3. **Sachstand zur aktuellen Corona-Lage**

Herr Beushausen berichtet, dass lt. RKI die Sieben-Tage-Inzidenz im Landkreis Hildesheim täglich einen neuen Höchststand erreicht. Die Auslastung der Intensivbetten im Alfelder Krankenhaus sei zurzeit noch ausreichend, in den Hildesheimer Krankenhäusern stießen die Kapazitäten bereits an ihre Grenzen. Die hiesigen Kindertagesstätten und Schulen seien jetzt auch stark betroffen, was einen erheblichen organisatorischen Aufwand für die verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeute. Die Verwaltung sei bisher nicht stark betroffen, so dass der Betrieb aufrechterhalten werden könne.

4. **Dienstpostenbewertungsplan für das Haushaltsjahr 2022 Vorlage: 060/XIX**

Da die Vorlage selbsterklärend sei, werden keine Fragen gestellt, so dass folgender Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld gefasst wird:

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt den vorgelegten Dienstpostenbewertungsplan.“

-einstimmig-

5. **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 Vorlage: 061/XIX**

Herr Laugwitz berichtet, dass sämtliche Personalveränderungen eingearbeitet wurden. Insgesamt sei es zu einer Stellenausweitung von 3 Stellen im Sozial- und Erziehungsbereich gekommen.

Herr Beushausen ergänzt, dass es im Kita-Bereich einen gesetzlich vorgeschriebenen Personalschlüssel gebe, der eingehalten werden müsse. Die Verwaltung verfüge insoweit über keine Flexibilität.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Stellenplan der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2022 wird in der vorgelegten Form festgestellt.“

-Einstimmig-

**6. Stellenverteilungsplan für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 062/XIX**

Herr Laugwitz weist darauf hin, dass die Summe der aufgeführten Stellen im Stellenplan und im Stellenverteilungsplan identisch sei. Aus dem Stellenverteilungsplan sei die organisatorische Zuordnung der einzelnen Stellen zu ersehen.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt den Stellenverteilungsplan für das Haushaltsjahr 2022.“

-Einstimmig-

**7. Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2022 und den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2023 - 2025
Vorlage: 025/XIX/1**

Herr Laugwitz schlägt vor, die beiden Tagesordnungspunkte „Haushaltsplanentwurf“ und „Haushaltssicherungskonzept“ zunächst gemeinsam zu beraten und danach einzeln darüber abzustimmen. Alle Anwesenden stimmen diesem Vorschlag zu.

Herr Beushausen macht zunächst darauf aufmerksam, dass ein Haushalt mit einem Defizit von 1 oder 2 Mio. durchaus genehmigungsfähig sein könnte, jedoch das dazugehörige Haushaltssicherungskonzept den neuen rechtlichen Anforderungen entsprechen müsse. Er verweist insoweit auf den Bericht der Kommunalaufsicht aus dem letzten Jahr, in dem die Stadt aufgefordert wurde, diese rechtlichen Vorschriften einzuhalten.

Herr Beushausen stellt die nachfolgenden Ansätze zur Reduzierung von Aufwendungen und Investitionen der Gruppe CDU/FDP vor:

Die Maßnahme „Kulturzentrum Sedanstraße“ wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Bei dem Neubau von Zaunanlagen handelt es sich um verschiedene Bedarfe (FFw. Limmer, Spielplatz Eimsen sowie div. Kitas); die Erläuterungen im Haushaltsplan wurden insoweit aktualisiert.

Die Investition „Erweiterung des Feuerwehrhauses Föhrste“ wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Zu der Frage, welches Fahrzeug der Feuerwehr-Stadtgerätewart aktuell benutze, erklärt Frau Dr. Granzow, dass er derzeit verschiedene bereits abgängige Feuerwehrfahrzeuge fahre. Wegen deren schlechten Zustand müssten diese zeitnah außer Dienst gestellt werden. Insoweit sei ein neu zu beschaffenes Mehrzweckfahrzeug mit Ladepritsche geplant.

Bezüglich der weiteren Ballfanganlage in Föhrste berichtet Herr Beushausen, dass diese zur Erhaltung der Verkehrssicherheit auf der Straße Richtung Dorf erforderlich sei.

Die Erneuerung der Enthärtungsanlage „Ochsenbrunnen“ ist bereits im Jahr 2021 fertiggestellt worden. Frau Dr. Granzow schlägt deshalb vor, den Ansatz von 26.100 € zu streichen.

Hinsichtlich der Investitionen bei der Kläranlage erläutert Herr Beushausen, dass diese den Haushalt nicht belasten, da die Kosten der Kläranlage gebührengedeckt seien. Die jeweiligen Beträge von 10.000 € seien für Totmannmelder Bereitschaftsdienst, Klimagerät für Abwasserproben und für allgemeine Ersatzbeschaffungen erforderlich.

Die Investition „Beschaffung eines mobilen Notstromaggregats“ wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Zur Erweiterung und Erneuerung der Straßenbeleuchtung berichtet Herr Beushausen, dass zusätzliche Einzelmaßnahmen in Röllinghausen und Lütgenholzen (Maßnahme LK Hildesheim, Ausbau K427) erforderlich seien. Bezüglich des Neubaus der Straßenbeleuchtung in der Kernstadt sei die Verwaltung an die vertragliche Vereinbarung mit dem ÜWL ab dem 01.01.2017 gebunden.

Herr Dinkela schlägt vor, die Entscheidung über die Maßnahme „Friedhofbestattungshain“ zurückzustellen. Die Sache sei grundsätzlich gut, aber aufgrund der defizitären Lage der Stadt nicht sofort zwingend umzusetzen. Ein Sperrvermerk würde sich nicht auf den Haushalt auswirken. Er sei daher für die Zurückstellung der Maßnahme.

Herr Beushausen weist ausdrücklich darauf hin, dass bereits seit Jahren, insbesondere von Seiten der CDU, darauf gedrungen wurde, dass der Friedhof umstrukturiert wird. Die Friedhofsplanung sei ausführlich im Fachausschuss beraten worden. Die Verwaltung sei deshalb gehalten, die Vorgaben und Beschlüsse der Politik umzusetzen.

Nach kurzer Diskussion wird über die Streichung der Maßnahme „Friedhofbestattungshain“ wie folgt abgestimmt:

8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

Der Ansatz für die Maßnahme „Friedhofbestattungshain“ wird somit im Haushaltsplan 2022 gestrichen.

Herr Scharf berichtet über das Projekt „Innerstädtisches Leitsystem“. Diese Maßnahme sei im Fachausschuss ausführlich diskutiert und befürwortet worden. Eine entsprechende Zertifizierung sowie Förderanträge lägen vor.

Herr Stellmacher stellt die Investitionsmaßnahme Förderprogramm „Augmented Reality findet Stad(t)t“ vor. Er betont dabei, dass insbesondere die Jugend bei der Erstellung des neuen Leitbildes der Stadt Alfeld Berücksichtigung finden soll.

Frau Flake ist der Meinung, dass ein neues Leitbild wichtig sei, möchte aber wissen, wieso diese Maßnahme 130.000 € kosten soll. Sie habe in ihrer Behörde für selbige ein Leitbild erarbeiten lassen, das kostengünstig von der Mitarbeiter*innenschaft entwickelt wurde.

Herr Beushausen stellt klar, dass es sich bei dem gegenständlichen Leitbild nicht um ein „Behördenleitbild“, sondern um eines für die gesamte Stadt mit allen ihren Belangen handele und insofern Äpfel mit Birnen verglichen werden.

Herr Stellmacher erklärt, dass die genaue Höhe der Kosten für diese Maßnahme noch nicht abzusehen sei, die Verwaltung sich an den entstandenen Kosten des alten Leitbildes orientiert habe.

Herr Dinkela unterbricht die Sitzung um 19:20 Uhr für eine 10minütige Pause und setzt sie um 19:30 Uhr fort.

Frau Lehmann stellt zusammenfassend fest, dass bezüglich des neuen Leitbildes der Stadt Alfeld (Leine) offensichtlich noch Beratungsbedarf bestehe und schlägt daher vor, diesen Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Auch Herr Dinkela ist der Meinung, dass diese Diskussion in den Fachausschuss gehöre. Wenn hier Einsparmaßnahmen vorgeschlagen werden, hieße es ja nicht, dass diese Punkte schlecht seien. Die Stadt müsse sie sich jedoch leisten können.

Herr Beushausen weist erneut darauf hin, dass Informationsprozesse und Diskussionen in die Fachausschüsse gehörten. Die Entscheidungen seien danach im Finanzausschuss zu treffen.

Herr Dinkela ist der Auffassung, dass die Verwaltung bei der Aktivierung von Investitionen teilweise über eine „kreative Buchführung“ verfüge.

Herr Laugwitz erklärt hierzu, dass die Verwaltung sich an das geltende Recht halte. Für niedersächsische Städte und Gemeinden gelte die „Doppik“. Das Land hingegen buche noch kameral. Sobald also Zuschüsse des Landes gezahlt würden -egal wofür und in welcher Höhe- müssten diese als Investition gebucht werden.

Herr Dinkela räumt ein, dass dies wohl so sei, aber alles, wovon man sich heute entlaste, entlaste man auch für die Zukunft.

Es folgt eine ausführliche Diskussion über Investitionen und Abschreibungen sowie deren Auswirkungen auf die verschiedenen Haushalte der Stadt Alfeld (Leine).

Anschließend wird über den Antrag von Frau Lehmann, die Maßnahme „Leitbild“, mit einem Sperrvermerk zu versehen, wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen – Antrag abgelehnt

In Bezug auf die Maßnahme „Neubau eines Zaunes entlang der Grenze zum KWG-Neubau“ teilt Herr Beushausen mit, dass diese Maßnahme sich aufgrund der Pflicht zur Einhaltung des Nachbarschaftsrechts ergäbe. Eine Abgrenzung des Friedhofs sei daher erforderlich.

Hinsichtlich der Übersichtlichkeit der Erläuterungen in den Teilhaushalte wünscht sich Frau Lehmann, dass Positionen über 5.000 € Abweichung zwischen Ansatz und Erläuterungen im Haushalt näher erläutert werden.

Herr Laugwitz erklärt, dass dieser Wunsch durchaus nachvollziehbar sei, jedoch nicht zwingend erforderlich sei. Er gibt zu bedenken, dass die jeweiligen Erläuterungen in Handarbeit in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet würden. Wenn nun jede einzelne Position erwähnt werden solle, würde das den zeitlichen Rahmen sprengen und der Entwurf hätte mindestens 50 Seiten mehr. In den Fachausschüssen würden einzelne Nachfragen hierzu selbstverständlich gerne beantwortet.

Bei Punkt 3.3 „Teilhaushalt Schule und Kultur“ handelt es sich bei der Summe der Betriebskostenzuschüsse um einen Schreibfehler, den Herr Laugwitz korrigiert. Im überarbeiteten Haushaltsplanentwurf seien die Erläuterungen ausführlich angepasst worden.

Zu Punkt 3.4 Teilhaushalt „Sport“ bedankt sich Herr Laugwitz für die konstruktive Kritik. Die Erläuterungen würden in den neu zu fertigenden Haushaltsplanentwurf aufgenommen und richtig dargestellt.

Herr Scharf berichtet über die Attraktivität und das Interesse der Bevölkerung an dem Schnarchmuseum, das aufgrund der Aufgabe seitens des Inhabers zurzeit geschlossen ist.

Nach kurzer Diskussion stellt Herr Gravilli den Antrag, im Jahr 2022 den Ansatz von 3.000 € im Haushaltsplanentwurf zu belassen und im Jahr 2023 zu streichen, sofern kein Betreiber für das Museum gefunden werden kann.

-Einstimmig angenommen-

Bei den in Ansatz gebrachten Abrisskosten sowie den Kosten für den zu entsorgenden Bodenaushub auf dem Friedhofsgelände im Hinblick auf den Neubau des RVZ/MVZ handelt es sich um eine grobe Schätzung. Die tatsächlichen Kosten könnten niedriger ausfallen. Der Haushaltsansatz für die Abrisskosten wird deshalb um 20.000 € gekürzt.

Sodann kommt Herr Dinkela auf die Liste der Vorschläge seiner Fraktion für Einsparungen im Haushaltsplanentwurf 2022 und die mittelfristige Finanzplanung zu sprechen.

Er ist der Auffassung, dass die Stadt Alfeld (Leine) für die Veranstaltung „Bernd-Meyer-Staffelmarathon“ keine Kosten tragen müsse, die Finanzierung sei problemlos über Sponsoren möglich. Der Ansatz von 2.000 € solle daher gestrichen werden, zumal die Veranstaltung aufgrund der Corona-Lage ohnehin in diesem Jahr nicht durchführbar sei. Herr Dinkela bietet in diesem Zuge an, bei der Werbung um Sponsorengelder persönlich behilflich zu sein, sofern keine Kostendeckung absehbar sei.

Auch die in Ansatz gebrachten Kosten für den NFV-Sommer-Cup werden gestrichen.

Hinsichtlich der Fahrzeug-Leasingkosten teilt Frau Dr. Granzow mit, dass es sich hier um einen angenommenen Pauschalbetrag für 3 PKW auf E-Golf-Niveau handele.

Aufgrund der zahlreichen Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden usw. soll in den Fachausschüssen geklärt werden, welche Mitgliedschaften tatsächlich noch erforderlich seien.

Ferner wird angeregt, ein Energieeinsparkonzept zu erstellen, da Herrn Dinkela der Betrag von 67.000 € für den Kauf von Holzpellets sehr hoch erscheint. Es wird vorgeschlagen, auf günstigere Hackschnitzel aus nicht verkauftem Holz aus der Stadtforst umzustellen, wenn dies möglich ist.

Herr Laugwitz erklärt, dass die Erstellung eines derartigen Konzeptes auch Geld koste. Herr Dinkela beantragt dennoch, die Erstellung eines Energieeinsparkonzeptes in das Haushaltssicherungskonzept mitaufzunehmen.

-Einstimmig angenommen-

Herr Dinkela bemängelt die Höhe der Personalkosten. Die Verwaltung müsse im Jahr 2022 einen Plan vorlegen, wie die Personalkosten in den nächsten Jahren um mindestens 200.000 € gesenkt werden können. Dies könnte durch

- Optimierung von Arbeitsabläufen
- Kooperationen mit Nachbarkommunen
- Reduzierung externer Beraterverträge sowie
- durch Digitalisierung

erreicht werden.

Herr Beushausen berichtet, dass im Haushaltssicherungskonzept eine Personalkostenreduzierung bereits enthalten sei. An einem entsprechenden Personalkostenoptimierungskonzept würde bereits gearbeitet.

Herr Dinkela bittet darum, dass dieses Konzept im Mai 2022 im Verwaltungsausschuss vorgestellt wird. Herr Beushausen und Frau Evers bekunden insoweit ihre Zustimmung.

Herr Dinkela unterbricht die Sitzung für eine weitere Pause von 20:30 Uhr – 20:40 Uhr.

Bevor über die Thematik der von der Verwaltung vorgeschlagenen Steuererhöhungen diskutiert wird, stellt Herr Beushausen fest, dass bisher konstruktiv diskutiert wurde, jedoch noch keine wesentlichen Entlastungen für den Haushaltsplan und das Haushaltssicherungskonzept genannt seien. Er appelliert daher an die Politik Vorschläge zu unterbreiten, die sich positiv auf das Ergebnis auswirken um Kassenkredite zurückzahlen zu können. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass das derzeitige Haushaltssicherungskonzept der Stadt Alfeld (Leine) ohne Steuererhöhungen nicht dem rechtlichen Rahmen entspräche. Sollte es nicht genehmigt werden, könnten Fördergelder für geplante Projekte nicht abgerufen werden. Bei einem nicht genehmigten Haushalt hätten wir nur einen „Nothaushalt“ mit dem nur die allernotwendigsten Dinge erledigt werden dürften. Die Kommunalaufsicht hat zur Auflage gemacht, dass aus dem Haushaltssicherungskonzept zu erkennen sein muss, dass ein ausgeglichener Haushalt in den nächsten Jahren erreicht wird.

Herr Winkelmann erklärt, dass die SPD-Fraktion sich zwei Tage mit dem Haushaltsplan und dem Haushaltssicherungskonzept beschäftigt habe und nunmehr bereit sei, auch Kompromisse einzugehen. Er bedauere, dass sich die übrigen Fraktionen leider nicht kompromissbereit zeigten. Es müssten sich alle Fraktionen bewegen, damit es im Rat zu einer Beschlussfindung kommen kann.

Herr Dinkela ist der Auffassung, dass Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht der richtige Weg seien. Seine Fraktion habe eine ganze Reihe von Einsparvorschlägen unterbreitet. Im Vergleich zu anderen Kommunen stünde die Stadt Alfeld nicht gut da. Er befürchtet, dass die Stadt für Neubürger und Gewerbetreibende bei zu hohen Steuersätzen unattraktiv werde. Seine Fraktion werde daher den vorgeschlagenen Steuererhöhungen nicht zustimmen.

Frau Flake vertritt ebenfalls die Ansicht, dass die geplanten Hebesätze weit über dem Landesdurchschnitt lägen und die Stadt damit an Attraktivität verlieren würde. Ferner gibt sie zu bedenken, dass von der Grundsteuererhöhung quasi jede Bürgerin und jeder Bürger betroffen sei, da die Eigentümer die Grundsteuer anteilig an ihre Mieter weitergeben würden.

Das Defizit beim 7 Berge Bad könne durch moderate Preiserhöhungen verringert werden. Es müssten aber insgesamt mehr Maßnahmen getroffen werden, damit sich dadurch mehr Menschen in Alfeld ansiedeln.

Herr Schaper macht deutlich, dass sich Alfeld im direkten Vergleich und damit in der Konkurrenz zu Gronau und Elze befindet. Eine Steuererhöhung von 50%-Punkte hält er daher ebenfalls nicht für gut. Er geht hierzu auf den Stufenplan zur Anhebung der Steuereinnahmen ein und erläutert dessen Möglichkeiten für die Folgejahre.

Herr Gravilli betont, dass er nicht glaube, dass jemand, der nach Alfeld ziehen möchte, zuerst schaut, welcher Hebesatz hier gezahlt werden muss. Die Attraktivität einer Stadt sei sicher nicht vom Grundsteuerhebesatz abhängig.

Er halte den Vorschlag der BAL für gut, da somit der defizitären Lage etwas entgegengewirkt werden könne. Im Übrigen habe er für sein eigenes Grundstück ausgerechnet, dass er bei dieser Erhöhung lediglich 2,00 € mtl. mehr an Grundsteuer zahlen müsse. Diesen geringen Betrag würde er gern zahlen um damit die gute Infrastruktur der Stadt Alfeld (Leine) zu erhalten.

Frau Lehmann teilt mit, dass sie dem Vorschlag nicht zustimmen werde, um die Attraktivität der Stadt nicht zu gefährden. Auch sie befürchtet, dass Neuansiedlungen ausbleiben könnten. Im Übrigen sei die Vergnügungssteuer bereits erhöht worden.

Herr Klossek ist der Auffassung, dass die Kommunalaufsicht durchaus den defizitären Haushalt genehmigen würde. Das hätte sie ja schon desöfteren getan. Er hält das Risiko einer Versagung der Genehmigung für gering, zumal das Defizit in 2021 noch höher lag als der jetzige Entwurf.

Herr Beushausen antwortet, dass das Defizit das Eine sei. Es sei jedoch überhaupt nicht absehbar, ob die Kommunalaufsicht die Genehmigung erteile oder versage. Da das vorliegende Haushaltssicherungskonzept ohne Steuererhöhungen nicht in gesetzlichen Anforderungen entspricht, sei das Risiko einer Versagung damit relativ hoch.

Herr Klossek fragt an, wer diese Regelung gesetzlich vorschreibe. Herr Beushausen erklärt, dass § 110 NKomVG die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes regelt.

Herr Gravilli gibt zu bedenken, dass Sparen nicht so einfach sei. Die SPD habe den Entwurf eingehend diskutiert, Dinge gestrichen, andere geschoben um die Infrastruktur der Stadt zu erhalten und dennoch die Schuldenlast zu senken. Die SPD-Fraktion stehe aber für Kompromisse zur Verfügung.

Herr Laugwitz erläutert noch einmal ausführlich die gesetzlichen Anforderungen an das Haushaltssicherungskonzept. Die dort aufgeführten Maßnahmen erreichen zwar noch nicht vollständig die gesetzlichen Anforderungen, würden aber durchaus einen positiven Trend ausweisen, der zumindest einen Ausblick auf die Deckung der kumulierten Jahresfehlbeträge aufzeige.

Herr Klossek bedankt sich für die gute Arbeit und stellt fest, dass bereits eine Senkung der Schulden erreicht sei.

Herr Stellmacher erinnert daran, dass ein Förderbescheid über 592.000 € an einen genehmigten Haushalt gebunden sei. Sollten die Fristen durch die Versagung der Genehmigung nicht eingehalten werden können, könnten die RLT-Anlagen für die Grundschulden unter Umständen nicht mehr rechtzeitig beschafft werden.

Herr Winkelmann empfiehlt diesen Appell zu nutzen und nunmehr einen Konsens zu finden, mit dem am Ende alle einverstanden sind. Es sollte daher kurzfristig eine interfraktionelle Vereinbarung getroffen werden, bevor es am Ende zu keinem Haushaltsbeschluss komme.

Nach kurzer Diskussion wird über den Antrag der SPD bezüglich der Nichtbefassung und der Vereinbarung dahingehend, dass interfraktionelle Gespräche bis Sonntag, 13.02.2022, 18.00 Uhr, geführt werden, damit die Verwaltung die sich ergebenden Ergebnisse bis zum Verwaltungsausschuss am 15.02.2022 einarbeiten kann, wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Herr Schaper fragt an, warum es zu keiner Abstimmung über den BAL-Antrag gekommen sei, obwohl dieser Vorschlag dem § 110 NKomVG entsprochen hätte.

Herr Beushausen fürchtet, auch wenn der Antrag jetzt im Finanzausschuss mehrheitlich angenommen werden würde, hieße das aber nicht, dass er auch im Rat zwingend Mehrheiten findet.

Herr Dinkela stimmt Herrn Beushausen zu und ergänzt, dass es keinen Sinn mache, nur im Finanzausschuss einen Beschluss haben; wichtig sei die Beschlussfassung des Rates.

Er bittet deshalb alle Fraktionen bis Sonntag eine Einigung zu erzielen. Der Vorschlag der BAL sei damit „nicht vom Tisch“.

**8. Haushaltsplanentwurf 2022; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2023 – 2025:
Haushaltssicherungskonzept ab 2022
Vorlage: 027/XIX/2**

Siehe TOP 7

9. Mitteilungen der Verwaltung

-keine-

10. Anfragen

-keine-

Herr Dinkela schließt die Sitzung des Finanzausschusses um 21:45 Uhr.

(Dinkela)
Vorsitzender

(Meyer)
Protokollführerin

(Beushausen)
Bürgermeister